

Pressestelle des Senats

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 24

vom 2. Juli 2010
 Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

Hamburg und Toulouse wollen Kooperation erweitern.....	3
Senator Axel Gedaschko: Aufschwung am Arbeitsmarkt gewinnt an Breite.....	4
Schnelle Anbindung: Hafenbahn setzt auf Europa.....	5
Der Zollzaun fällt! Erste dauerhafte Öffnung des Zollzauns am Spreehafen	8
51.434 neue Arbeitsplätze in 25 Jahren Unterstützung für Hamburger Wirtschaft	9
Diskriminierung an der Clubtür vorbeugen: Arbeitsstelle Vielfalt und DEHOGA Hamburg präsentieren Leitlinien.....	12

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Weg frei für Entwicklung der Harburger Schloßinsel.....	14
Entwicklungskonzept für Lohbrügge-Ost	15

Umwelt und Energie

Mehr Natur für den Wilhelmsburger Osten	17
Ökostrom für Hamburgs städtische Einrichtungen.....	19
Senatorin Hajduk fordert „klare strategische Ausrichtung“ für Erneuerbare Energien	20
Hybrid-Kühlturm für Moorburg beantragt	21

Schule, Jugend und Berufsbildung

Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses sprechen sich für die Primarschule aus	22
Deutsche Schachschule	24
Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch zeichnet engagierte Eltern mit Einwanderungsgeschichte aus	26
Natur erleben und verstehen für Groß und Klein	28

Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Große Fortschritte im Kita-Ausbau	30
Hamburg im Verbraucherschutz weiter in bundesweiter Spitzengruppe	32
Inklusion statt Ausgrenzung.....	34

Kultur

Stiftung Kindergärten Finkenau wird „Patenkind“	36
---	----

Datenschutz

Gesetzesvorschlag für verbesserten Datenschutz bei Straßenpanoramen	37
---	----

internationale gartenschau hamburg

Ausgleichs- und Naturschutzkonzept für das Gartenschaugelände	38
---	----

Jetzt bewerben! Gartenschau und Metropolregion Hamburg rufen Anbieter regionaler Attraktionen zur Kooperation mit der igs 2013 auf	41
---	----

Zur Information

Grillen in Eimsbüttler Parkanlagen.....	43
---	----

Warnung vor Waldbrandgefahr.....	44
----------------------------------	----

Terminkalender	45
----------------------	----

29. Juni 2010/bwa29

Hamburg und Toulouse wollen Kooperation erweitern

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko hat gestern zusammen mit Dr. Kathrin Adlkofer, der Geschäftsführerin der Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur Toulouse besucht, um sich vor Ort mit dem Präsidenten der französischen Region Midi-Pyrénées, Martin Malvy, über die verstärkte Zusammenarbeit der beiden Life Science- und Luftfahrtstandorte Hamburg und Toulouse auszutauschen.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Wenn über Toulouse und Hamburg gesprochen wird, dann denkt man an Airbus und die Luftfahrtindustrie. Seit 2004 gibt es eine gute Zusammenarbeit, die die Industrie- und Handelskammern, die Wirtschaftsförderungsgesellschaften und die Wirtschaftsunternehmen aus der Luftfahrt in beiden Regionen einschließt und in einem Kooperationsabkommen mündete. Es gibt jedoch auch Potenzial, um die Zusammenarbeit beider Standorte in andere Branchen hinein zu vertiefen. Hamburg und Toulouse sind beide stark in den Bereichen Medizintechnik, Biomedizinische Wissenschaften und Biotechnologie. Unser gemeinsames Ziel ist es daher, auch in diesen hochinnovativen Feldern die Wirtschaftskraft beider Regionen zu heben. Das Treffen mit Regionspräsident Martin Malvy hat geholfen, die Kooperationen zwischen der norddeutschen Region und Toulouse um den Bereich Life Science zu erweitern. Im Herbst 2010 wollen wir Akteure dieser Branche aus Firmen und Forschungseinrichtungen in Hamburg und Toulouse zusammenführen, um Projekte, die im beiderseitigen Interesse liegen, gemeinsam initiieren zu können. Inhaltliche Schwerpunkte sollen die Krebsforschung und Nanotechnologie sein. Wir werden das Netzwerk zusammen mit Norgenta ausbauen und dabei die Aktivitäten für den norddeutschen Raum weiter internationalisieren.“

Darüber hinaus führte Senator Gedaschko Gespräche mit Dr. Gerald Weber, dem CEO der Airbus Operations GmbH sowie den Geschäftsführern zweier französischer Tochterunternehmen von Hamburger Airbus-Zulieferern, die in den Branchennetzwerken HECAS bzw. Hanse Aerospace organisiert sind. „Die dabei gewonnenen Erkenntnisse über die Chancen und Probleme mittelständischer Zulieferer in der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Airbus sind für mich sehr wichtig bei der Konzeption der zukünftigen Hamburger Luftfahrtpolitik. Wir müssen besonders darauf achten, dass wir das technologische Potential unserer kleinen und mittelständischen Zulieferer erhalten und ausbauen“, so Gedaschko.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

30. Juni 2010/bwa30

Senator Axel Gedaschko: Aufschwung am Arbeitsmarkt gewinnt an Breite

Die heute veröffentlichten Daten der Agentur für Arbeit Hamburg unterstreichen, dass die Arbeitslosigkeit in der Hansestadt aufgrund der guten konjunkturellen Lage weiter deutlich sinkt. Mit 73.607 Arbeitslosen verzeichnet Hamburg im Juni den niedrigsten Arbeitslosenbestand seit Dezember 2008. Die positive konjunkturelle Entwicklung zeigt sich auch daran, dass 11,9 Prozent mehr offene Stellen als vor einem Jahr vorhanden waren.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Der Aufschwung am Arbeitsmarkt gewinnt an Breite. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt sind nahezu überwunden. Vom aktuellen Rückgang der Arbeitslosigkeit profitieren gerade auch Langzeitarbeitslose im Bereich der team.arbeit.hamburg. Deren Zahl ging innerhalb der letzten zwölf Monate um knapp 1.600 oder 8,6 Prozent zurück. Das zeigt, dass inzwischen auch für diese Arbeitslosen neue Beschäftigungschancen entstehen.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

Schnelle Anbindung: Hafenbahn setzt auf Europa

Hamburger Hafenbahn setzt auf europäisches Verkehrsleitsystem / Achse Stockholm – Neapel soll Hafen Hamburg anbinden / Hafenbahn will Signalsystem ETCS einführen

Hamburg, 30. Juni 2010 – Die Hamburg Port Authority (HPA) unterstützt den Anschluss Hamburgs an das länderübergreifende europäische System zur Eisenbahnverkehrssicherung ERMTS (European Rail Traffic Management System). So wird die Hamburger Hafenbahn Teil eines signaltechnisch einheitlichen Bahnkorridors von Stockholm über Hamburg und München bis nach Neapel. Dieser soll ab 2020 nicht nur Skandinavien mit der Alpenregion und dem Mittelmeer verknüpfen, sondern später auch über anschließende Korridore die Bahnverbindungen nach Südosteuropa bis ans Schwarze Meer verbessern. Ziel von ERTMS ist, durch einheitliche Signal- und Kommunikationssysteme die europäischen Bahnnetze, wie beim Lkw auf der Straße, durchgängig für jeden Zug befahrbar zu machen und die Leistungsfähigkeit der Strecken zu erhöhen.

Hochrangiges Treffen bei der HPA

Am 30. Juni traf sich der von der Europäischen Union eingesetzte Exekutivrat zur Einführung von ERTMS auf dem Korridor Stockholm – Neapel im Hamburger Hafen zu seiner zweiten Sitzung. Die HPA nutzte als Gastgeber die Gelegenheit, den Hamburger Hafen vorzustellen und darzulegen, wie wichtig eine Anbindung an das europäische Zugleitsystem ist. „Wir möchten den Hafen mit den modernen, europaweiten Zugleitsystemen des ERTMS verknüpfen. Die Entwicklung transeuropäischer Netze ist im Interesse von Europas bedeutendstem Eisenbahnhafen und den Wirtschaftsräumen im Hinterland“, so Harald Kreft, Geschäftsleiter der Hafenbahn bei der HPA. Gleichzeitig machte Kreft deutlich, dass der Hamburger Hafen weitere transeuropäische Korridore nach Ost- und Südosteuropa benötige. „Wir hoffen, dass sich die Bundesrepublik verstärkt für die Anbindung der deutsche Seehäfen stark macht“, so Kreft. Die HPA sei bereit einen entsprechenden Beitrag zu leisten. So soll das zum ERMTS-Projekt zugehörige Signalsystem ETCS (European Train Control System) in seiner ersten Stufe bei der Hafenbahn eingeführt werden.

An dem Treffen in Hamburg nahmen neben Vertretern aus den Verkehrsministerien der beteiligten Länder Schweden, Dänemark, Deutschland, Österreich und Italien auch EU-Koordinator Karel Vinck sowie Vertreter der zuständigen Bahninfrastrukturunternehmen teil.

Über ERTMS

2009 unterzeichneten die beteiligten Staaten eine Interessenbekundung, nach der der sogenannte Korridor B von Stockholm über Hamburg und München nach Neapel mit dem europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS) ausgestattet werden soll. Mit diesem Baustein will die EU-Kommission die Betriebsbedingungen auf den wichtigen transeuropäischen Strecken harmonisieren. Momentan gibt es innerhalb der EU mehr als 20 unterschiedliche Signal-, Kommunikations- und Kontrollsysteme, die den Zugverkehr innerhalb des Netzes managen. Die einzelnen Systeme sind untereinander nicht kompatibel. Züge die grenzüberschreitend fahren, müssen mit mehreren Kontrollsystemen ausgestattet sein. Entsprechend hoch ist der Zeit- und Kostenaufwand im transeuropäischen Bahnverkehr.

Zunächst will die EU-Kommission zusammen mit den beteiligten Staaten die sechs wichtigsten Korridore innerhalb Europas ausrüsten. Die EU stellt hierfür Fördermittel bereit. Einen Großteil der Finanzierung müssen aber die einzelnen Staaten tragen. Priorität hatte auf europäischer Ebene bisher die Ausrüstung des Korridors Rotterdam/Antwerpen – Mailand/Genua. Nun hofft Kreft, dass Deutschland und die EU sich ebenfalls für die Nord-Südverbindung über Hamburg und für weitere direkte Korridore Richtung Ost- und Südosteuropa einsetzen. Diese Strecken würden insbesondere den internationalen Verbindungen der deutschen Seehäfen zugutekommen.

Kontakt

Alexander Schwertner

Pressesprecher

Hamburg Port Authority AöR

Telefon: +49 40 42847-2300

Fax: +49 40 42847-2325

E-Mail: alexander.schwertner@hpa.hamburg.de

Internet: www.hamburg-port-authority.de

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. **www.hamburg-port-authority.de**

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

Pressestelle des Senats

01. Juli 2010/bsu01a

Der Zollzaun fällt!

Erste dauerhafte Öffnung des Zollzauns am Spreehafen

Am kommenden Sonntag (04. Juli 2010) wird Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk im Rahmen des von der IBA und dem Verein „Zukunft Elbinsel“ organisierten Spreehafenfestes dauerhaft den Zollzaun zum Spreehafen öffnen. Bereits seit den ersten Plänen zum Sprung über die Elbe und zur Durchführung der Internationalen Bauausstellung (IBA) im Jahr 2005 setzt sich der Senat für einen Wegfall des Zollzauns ein. Damit erhalten die Wilhelmsburger und Veddel nach Jahrzehnten wieder einen direkten Zugang zum Spreehafen.

Der Senat hatte im Dezember 2009 die Aufhebung der Freizone zum 01.01.2013 beschlossen und im Februar 2010 beim Bundesfinanzministerium beantragt. „Die Öffnung des Zollzauns ist eine zentrale Maßnahme im Rahmen des Sprungs über die Elbe, mit der die Bewohner Wilhelmsburgs und der Veddel ihren direkten Zugang zum Wasser zurückbekommen. Ich freue mich, dass wir so schnell eine dauerhafte Öffnung des Zollzauns erreichen konnten. Jetzt gilt es, den Zaun bis 2013 ganz abzureißen und den Spreehafen als ‚Alster des Hamburger Südens‘ erlebbar zu machen“, sagte Senatorin Anja Hajduk.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko sagte: „Die Öffnung des Spreehafenufers ist ein gemeinsamer Erfolg der jahrelangen Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger der Elbinseln und des Senats. Einmal mehr wird deutlich: Von der Aufhebung der Freizone profitiert nicht nur die Hafenwirtschaft und -logistik, Hamburg insgesamt gewinnt neue Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten.“

In einem ersten Schritt werden am kommenden Sonntag zwei Durchgänge für Fußgänger und Radfahrer am Spreehafenknie, nördlich des Stübenplatzes und an der S-Bahnstation Veddel geschaffen. Damit wird das Ufer am Spreehafen dauerhaft zugänglich. Ziel ist es, bis zur IBA 2013 den gesamten Zollzaun zu entfernen und das Ufer am Spreehafen als Freizeitfläche aufzuwerten.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) hat bereits zur Querung der Hafenrandstraße östlich der Veringstraße eine Fußgängerampel aufgestellt und zunächst einen provisorischen Zugang zum Ufer geschaffen. Ziel ist es, diesen als Verbindung zum Stübenplatz bis 2013 noch nach einem Entwurf des Büros TOPOTEK 1, Berlin großzügiger zu gestalten (Entwurf der Planungen unter hamburg.de/bsu).

Rückfragen:

Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

PRESSEMITTEILUNG

01. Juli 2010/hwf01

51.434 neue Arbeitsplätze in 25 Jahren Unterstützung für Hamburger Wirtschaft

HWF betreut seit 1. Juli 1985 Unternehmen der Hansestadt

Hamburg, 1. Juli 2010 – **Ein Viertel Jahrhundert Betreuung von Hamburger Firmen und Akquisition neuer Unternehmen für die Hansestadt Hamburg. Auf der Kundenliste der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH stehen neben vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen auch die Global Player: Asiatische Reedereien wie China Shipping, Cosco und Evergreen oder japanische Konzerne wie Olympus, Panasonic und Sharp. Aktuell unterstützt die HWF Projekt von Rolls Royce, General Electric sowie den Windkraftanlagenbauern Nordex und Vestas.**

„Die HWF spielt im Wirtschaftsleben Hamburgs eine Schlüsselrolle“, sagt **Heinrich Lieser, Vorsitzender der Geschäftsführungen der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH und der Hamburg Marketing GmbH.** „1985 führte die schwierige Wirtschaftslage Hamburgs zur Gründung der HWF. Heute braucht die Stadt mehr denn je eine starke Wirtschaftsförderung, damit sich die Wirtschaft in der Metropolregion weiter entwickelt und so zum Wirtschaftswachstum beiträgt.“

Jüngstes Beispiel ist die Zusammenarbeit mit Rolls Royce Marine Deutschland GmbH. Das Produktportfolio von Rolls-Royce Marine reicht heute vom Propeller bis zu Winden und stellt damit auf dem maritimen Markt weltweit die breiteste Produktpalette eines einzelnen Anbieters dar. Mit vier separaten Geschäftsfeldern werden die Bereiche Handelsschiffbau, Marineschiffbau, Offshore und U-Bootbau abgedeckt. Ein globales Service-Netzwerk bildet die Basis für den weltweiten Support und gewährleistet damit kompetente Betreuung vom Verkauf bis hin zu Inbetriebnahme, Wartung, Ersatzteilkoordination und Reparatur. Nach langer Suche konnte der Rolls-Royce Marine Deutschland GmbH ein passendes Grundstück der Hamburg Port Authority (HPA) zur Verfügung gestellt werden. Das Unternehmen will im Wilhelmsburger Fährstieg noch in diesem Monat mit dem Bau neuer und wesentlich größerer Büro- und Serviceflächen beginnen. In demselben Neubau werden die Büros und Fertigungsstätten der Rolls-Royce Interim Products untergebracht, die seit 2001 zu Rolls-Royce Marine gehören. Hier planen und fertigen 16 Mitarbeiter Anlagen zur Schiffsstabilisation und zum Krängungsausgleich.

Das Unternehmen investiert rund fünf Millionen Euro und will die Zahl der Mitarbeiter mittelfristig auf 60 bis 70 in Hamburg erhöhen. „Deutsche Reeder und die Werftindustrie sind

wichtige Kunden für uns. Als Hafenstadt ist Hamburg für uns einerseits wichtiger Standort und andererseits liegt er auch geografisch im Zentrum der deutschen Schifffahrt. Deshalb fiel uns die Wahl eines neuen, gemeinsamen Standortes nicht schwer“, sagt **Bernd Wittorf, Geschäftsführer der Interling GmbH und Rolls Royce Marine Deutschland GmbH.**

Den sich wandelnden Erfordernissen entsprechend hat sich auch die HWF im Laufe der Jahre verändert. Anfänglich standen einzelne Länder im Fokus. Heute ist es der länderübergreifende Blick auf ganze Branchen, bestätigt durch die Ergebnisse: 5.085 Firmen hat die HWF insgesamt betreut. Dadurch sind mit Hilfe der HWF **51.434 neue Arbeitsplätze** entstanden, **179.569 Arbeitsplätze wurden gesichert** und **8.624 Millionen Euro Investitionen** ausgelöst.

Der erste Branchenfokus lag auf dem Bereich Medien, IT und Telekommunikation, gefolgt von Luftfahrt und Logistik. In weiteren Schritten kamen Gesundheits- und Kreativwirtschaft hinzu sowie Umweltschutz mit den Erneuerbaren Energien. Der Windkraftanlagenbauer Nordex baut gerade in Hamburg seine neue Firmenzentrale für seine 600 Mitarbeiter, Vestas investiert 1,5 Millionen Euro in die Standortexpansion und General Electric hat sich zur Gründung eines Offshore-Wind-Technologiezentrums an der Elbe entschlossen. „Diese erfolgreiche Clusterstrategie werden wir noch weiter ausbauen“, kündigt Heinrich Lieser an. Beim Blick auf die Unternehmen aus dem Ausland steht Asien mit China, Japan und Indien weit vorn. Daneben bestehen enge Kontakte in die Ostseeanrainer-Staaten sowie in die USA und nach Lateinamerika. Neben der Werbung im Ausland für die Metropolregion Hamburg als attraktivem Standort für Firmenzentralen und Firmenniederlassungen spielt die Betreuung bereits ansässiger Unternehmen eine wichtige Rolle für die HWF. Die Firmen sollen sich in Hamburg optimal entwickeln. „Wir pflegen enge Kontakte zu den Unternehmen, damit wir als erste hören, wo der Schuh drückt“, sagt Heinrich Lieser. So lebt die HWF ihre Mittlerrolle zwischen dem Hamburger Senat und der Wirtschaft.

Service ist ein Schlüsselwort in der täglichen Arbeit der HWF. So bietet zum Beispiel der Gewerbe-Immobilien-Service Unternehmen eine umfassende Betreuung bei Ihrer individuellen Standortsuche an. Sie wird ergänzt mit einer breiten Marktübersicht über städtische Gewerbeflächen und private Gewerbeimmobilien in Hamburg. Einen besonderen Service bietet die Mittelstandslotsin an: vom Einzelunternehmer bis zum Mittelständischen Unternehmen, ganz gleich mit welchem Anliegen, die Hamburger Mittelstandslotsin Christiane Ram ist für alle ansprechbar. Sie versucht für jede Frage eine Antwort und für jedes Problem eine Lösung zu finden. Regelmäßig ergreifen die Mitarbeiter der HWF selbst die Initiative, nehmen Kontakt zu den Firmen auf und machen Besuche bei den jeweiligen Büro- und Produktionsstandorten. Der persönliche Eindruck und das persönliche Gespräch sind unerlässlich für die Arbeit der Hamburger Wirtschaftsförderung.

Über die HWF

Die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH ist ein privatwirtschaftlich geführtes Beratungsunternehmen, das Unternehmen bei Expansions-, Restrukturierungs- und Investitionsprojekten in Hamburg unterstützt. Die HWF ist zentrale Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle für die gesamte Wirtschaft. Wesentliche Unternehmensziele sind die Betreuung der in Hamburg ansässigen Betriebe und die nationale und internationale Akquisition neuer Firmen für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Zudem widmet sich die HWF dem Standort-Marketing. Die branchenspezifische Beratung erfolgt bei der HWF in Zusammenarbeit mit den Cluster-

Managements von Hamburg@work, der Logistik-Initiative Hamburg sowie der Initiative Luftfahrtstandort Hamburg.

Kontakt

HWF, Andreas Köpke, Bereichsleiter Marketing und Kommunikation
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 23 ; Mobil: + 49 (0) 172 / 415 99 96

HWF, Birgit Riege, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 36 ; Mobil: + 49 (0) 162 / 162 09 90



2. Juli 2010/jb02

Diskriminierung an der Clubtür vorbeugen: Arbeitsstelle Vielfalt und DEHOGA Hamburg präsentieren Leitlinien

Die Arbeitsstelle Vielfalt der Justizbehörde und der DEHOGA Hamburg haben heute am Club „Frida B.“ in der Friedrichstraße 13-17 auf St. Pauli Leitlinien vorgestellt, um Diskriminierung beim Einlass in Clubs vorzubeugen. Justizsenator Dr. Till Steffen und Angela Bähr, Leiterin der Arbeitsstelle Vielfalt, übergaben Plakate mit den Leitlinien an Gregor Maihöfer, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Hamburg, und Herrn Frank Stricker, Fachabteilung Diskotheken im DEHOGA Hamburg.

Dazu **Justizsenator Dr. Till Steffen**: „Ich begrüße die Vereinbarung zwischen Justizbehörde, Branchenverband und Clubbetreibern. Damit setzen wir ein starkes, gemeinsames Signal gegen Diskriminierung an den Türen Hamburger Clubs.“ **Angela Bähr** betont: „Ich freue mich, dass der DEHOGA und seine Mitglieder mit gutem Beispiel vorangehen und sich aktiv gegen Diskriminierung stellen.“

Frank Stricker betont: „Die Fachabteilung hat gerne die Aufgabe übernommen, zusammen mit der Justizbehörde die Leitlinien zu erarbeiten und so Türstehern und Besuchern gleichermaßen zu dokumentieren, dass Einlasskontrollen notwendig sind und das Wachpersonal das Hausrecht im Auftrag der Betriebsinhaber nach klaren Regeln ausübt.“

Die Leitlinien für Wachpersonal und Türsteher bekräftigen, dass Besucher und Besucherinnen nicht aufgrund ihrer Herkunft, Ethnie, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, einer Behinderung oder aufgrund des Alters oder der sexuellen Identität am Zutritt gehindert werden dürfen. Ebenso sind die Bedingungen festgelegt, unter denen Türsteher den Zutritt verweigern dürfen, wie u.as. das Mitführen von Waffen und Drogen sowie Sicherheitsgründe.

Die Mitglieder der Unterhaltungsbetriebe und Diskotheken im DEHOGA Hamburg sind aufgerufen, die Plakate als Leitlinien für Türpersonal und Gäste ab sofort gut sichtbar aufzuhängen. Ebenso wird der DEHOGA Hamburg die Plakate auch an Betriebe weiterleiten, die nicht Mitglied der Berufsorganisation sind.

Der Branchenverband DEHOGA vertritt bundesweit 75000 Mitglieder und allein in Hamburg die Interessen von mehr als 2000 gastronomischen Betrieben. Die Arbeitsstelle Vielfalt berät unter anderem bei Diskriminierung und Fragen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

29. Juni 2010/bsu29

Weg frei für Entwicklung der Harburger Schloßinsel Senat stimmt Entlassung aus dem Hafengebiet zu

Der Senat hat heute der Entlassung der Harburger Schloßinsel aus dem Hafengebiet zugestimmt. Nach der Zustimmung der Bürgerschaft ist damit der Weg frei für die Entwicklung eines neuen vielfältig genutzten Quartiers im Harburger Binnenhafen. Geplant ist eine Mischung aus Wohnen, Freizeit und Arbeiten. Bereits seit den 80er Jahren wird die Entwicklung des Harburger Binnenhafens verfolgt. Durch die Entlassung der Harburger Schloßinsel aus dem Hafengebiet können nun auch hier die Ziele des „Sprungs über die Elbe“ umgesetzt werden und Flächen des ehemaligen Hafengebietes an private Investoren verkauft werden.

„Im Harburger Binnenhafen stoßen wir mit der Entlassung der Schloßinsel aus dem Hafengebiet eine Entwicklung an, die wir schon heute erfolgreich umsetzen. Auch in Harburg kann nun ein attraktives neues Quartier zum Wohnen und Arbeiten direkt am Wasser entstehen. Der Binnenhafen steht zudem dafür, dass der Sprung über die Elbe weit über die Elbinseln hinaus wirkt und sich Hamburg weiter als lebenswerte Stadt am Wasser entwickelt“, sagte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk.

Geplant sind auf der Schloßinsel unter anderem eine neue Parkanlage, öffentliche Uferpromenaden, „maritimes Wohnen“ mit rund 180 Wohneinheiten und Hotel- und Bürogebäude am Veritaskai. Die IBA Hamburg koordiniert die Vermarktung der Grundstücke auf der Schloßinsel und unterstützt die Entwicklung, indem einige IBA-Projekte entstehen werden, für die sie bereits Wettbewerbe durchgeführt hat.

Für die Entwicklung der Schloßinsel werden Investitionskosten in Höhe von 43,4 Millionen Euro veranschlagt, von denen 22,4 Millionen Euro bereits in der Finanzplanung vorgesehen oder veranschlagt sind und 21 Millionen noch in den Jahren 2014 bis 2023 finanziert werden. Ein Teil der Kosten kann über Grundstückserlöse gegenfinanziert werden.

Mit dem Bau erster Infrastrukturmaßnahmen wurde bereits begonnen. Der Bau von Wohn- und Bürogebäuden kann direkt nach dem Beschluss der Bürgerschaft zur Entlassung begonnen werden.

Bilder zum Download unter www.hamburg.de/bsu

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

30. Juni 2010/bsu30a

Entwicklungskonzept für Lohbrügge-Ost **Senatskommission beschliesst Projekte zur Stadtteilentwicklung**

In ihrer heutigen Sitzung hat die Senatskommission für Integrierte Stadtteilentwicklung ein Integriertes Entwicklungskonzept für Lohbrügge-Ost beschlossen. Das Konzept soll dazu beitragen, die Attraktivität des Stadtteils vor allem für junge Familien zu erhöhen und das Image des Stadtteils zu verbessern.

Senatorin Hajduk erklärte: „Mit dem heutigen Beschluss gibt es jetzt das erste Entwicklungskonzept, das auf Basis des neuen Hamburger Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung verschiedenste Maßnahmen unterschiedlicher Behörden zusammenfasst. Mit diesem Konzept kann die seit mehreren Jahren betriebene Stabilisierung und Attraktivitätssteigerung des Stadtteils Lohbrügge verstärkt und erfolgreich fortgesetzt werden.“

Insgesamt sehen die Planungen bis 2015 den Einsatz von 9,1 Mio. Euro vor. Für die ersten beiden Jahre sind 6,3 Mio. Euro eingeplant. Dabei handelt es sich sowohl um Programmmittel der Stadterneuerung als auch um Mittel aus den regulären Etats verschiedener Fachbehörden. Handlungsschwerpunkte sind die Belebung des Zentrums, die Erhöhung der Wohnqualität sowie Bildung und Integration.

- Im Zuge einer Kooperation von Bezirksamt, Gebietsentwicklung und Business Improvement Districts soll sich die Alte Holstenstraße zu einem lebendigen Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum wandeln.

Vorgesehen ist die Umgestaltung des befahrbaren Teils zu einem attraktiven Geschäftsbereich – der im östlichen Bereich in die geplante Gemeinschaftsstraße (Shared Space) Weidenbaumsweg übergehen wird – als auch die Aufwertung der bestehenden Fußgängerzone. Die Gestaltung der „Gemeinschaftsstraße“ ist abhängig von Verlauf und Ergebnis des hierfür notwendigen Beteiligungsverfahrens.

- Ergänzung der vorhandenen Bildungsangebote. Im Rahmen des Projektes „Kinder- und Jugendkulturhaus Lohbrügge (KIKU)“ soll durch Zusammenarbeit mehrerer – perspektivisch

sogar aller – Lohbrügger Schulen mit Kitas und Vereinen die „Vermittlung von kulturellen, sozialen und kommunikativen Kernkompetenzen von Kindern“ gestärkt werden.

- Durchführung zahlreicher Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, z. B. in den Wohnanlagen „Lindwurm“ und „Billebogen“, deren Erscheinungsbild im Hinblick auf das Stadtteilimage von besonderer Bedeutung ist.
- Stärkung und Ausweitung von Beratungs- und Begegnungsangeboten, z. B. durch Erhalt des Elterntreffs am Billebogen und eine Reaktivierung des Projektes „Ost- West-Integration (OWI)“, das bereits zwischen 2002 und 2005 wichtige Beiträge zur besseren Verständigung zwischen Einheimischen und Zuwanderern geleistet hat.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

28. Juni 2010/bsu28

Mehr Natur für den Wilhelmsburger Osten

igs legt Ausgleichs- und Naturschutzkonzept vor

Das Gelände der internationalen Gartenschau Hamburg (igs 2013) ist alte Kulturlandschaft, die über Jahrhunderte durch Deichbau, Entwässerung, Landwirtschaft, Garten- und Hausbau massiv verändert worden ist. Die igs fügt jetzt ein neues Kapitel in der Nutzungsgeschichte hinzu. Dazu gehören auch Eingriffe in die Landschaft. Die igs hat dazu heute ein Ausgleichs- und Naturschutzkonzept vorgestellt. Die wesentlichen Elemente sind:

- Hauptziel der igs 2013 ist es, über die gesetzlich vorgeschriebenen unterschiedlichen Ausgleichsverpflichtungen hinaus auch zusätzliche naturschutzfachliche Bereiche zu bewahren, zu entwickeln und neu zu gestalten. Um das zu erreichen, wird die igs 2013 auf dem eigenen Gelände zusätzliche Aufwertungsmaßnahmen durchführen. Grundlage dafür sind faunistische Gutachten, eine flächendeckende Biotopkartierung und Untersuchungen zur Gewässerentwicklung.
- Der rechtlich verbindliche Ausgleich findet so ortsnah wie möglich im Wilhelmsburger Osten statt. Dort kann eine der wichtigsten Kulturlandschaften Hamburgs zu einem großen zusammenhängenden Lebensraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten entwickelt werden. Insgesamt sollen 22 Hektar Grünland ökologisch wertvolles extensiv bewirtschaftetes Feuchtgrünland werden. Vorhandene Gräben und flache Gewässer erhalten durch Einbau von Stau- und Steuerungseinrichtungen einen 15 cm höheren Wasserstand, und durch Anlage neuer Gräben und Teiche wird der Bereich zu einem Gewässermosaik für den Wiesenvogel- und Amphibienschutz aufgewertet. Die hier immer wieder bemängelten niedrigen Wasserstände werden dauerhaft beseitigt. Die Maßnahmen beginnen im Herbst.
- Auf dem rund 100 Hektar großen igs-Gelände stehen hochgerechnet rund 20.000 Bäume. Davon mussten für Landschaftsbau, Gewässerausbau und für den Bau von, Sport- und Freizeitanlagen bisher insgesamt rund 1.500 Bäume gefällt werden. Die Fällungen genehmigt das zuständige Bezirksamt Hamburg-Mitte. Es legt auch die Ersatzpflanzungen nach der Hamburger Baumschutzverordnung fest. Die igs 2013 wird auf dem Gartenschaugelände und im Wilhelmsburger Osten insgesamt rund 1.900 neu pflanzen. Auch hier starten die ersten Nachpflanzungen im Herbst.

- Auf dem Gartenschaugelände selbst befinden sich zahlreiche wertvolle und gesetzlich geschützte Biotop, insbesondere Gewässerbiotop. Die störungsempfindlichsten Bereiche wurden aus den Planungen ganz herausgenommen. Beeinträchtigungen an anderen Stellen werden so klein wie möglich gehalten und ausgeglichen. Zugleich werden bestehende Gewässer im Hinblick auf Artenvielfalt und Gewässerqualität aufgewertet, z.B. durch Entschlammung, Abflachungen der Uferbereiche oder die Entwicklung von großflächigen Röhrichtbeständen.

Kontakt:

igs 2013: Ina Heidemann, Petra Bäurle, (040)226 31 98 -40/-42, presse@igs-hamburg.de

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

30. Juni 2010/bsu30

Ökostrom für Hamburgs städtische Einrichtungen

Stadt spart pro Jahr 170.000 t CO₂ durch Strom aus erneuerbaren Energien

Hamburg beschafft weiterhin für alle städtischen Gebäude Strom aus erneuerbaren Energien. Dabei wird die Stadt künftig nicht mit sogenannten RECS-Zertifikaten (Renewable Energy Certificate System) arbeiten, sondern der Strom wird über den Lieferanten direkt aus dem Kraftwerk für erneuerbare Energien bezogen. Das trägt dazu bei, Anreize für Investitionen in neue Erzeugungsanlagen für Ökostrom zu schaffen.

Für die Beschaffung führt die Stadt derzeit eine europaweite Ausschreibung durch. Es geht um die Jahre 2011 und 2012 und rund 336 Millionen Kilowattstunden elektrische Energie, die pro Jahr in der Stadt von rund 3.400 Abnahmestellen in öffentlichen Einrichtungen verbraucht werden.

Im Klimaschutzkonzept hat sich Hamburg festgelegt, bis 2012 zwei Millionen Tonnen CO₂ gegenüber 2007 einzusparen. Durch Ökostrombezug für die öffentlichen Gebäude spart die Stadt 170.000 t CO₂ pro Jahr.

Umweltsenatorin Anja Hajduk: „Beim direkten Bezug von Ökostrom für die öffentlichen Gebäude geht die Stadt mit gutem Beispiel voran und bringt die Erneuerbaren Energien weiter voran.. Durch die Gründung von HAMBURG ENERGIE hat die Stadt genau den passenden Dienstleister für die Abwicklung des Verfahrens.“

HAMBURG ENERGIE übernimmt die Stromversorgung der städtischen Einrichtungen von der beratenden Begleitung der Ausschreibung über die laufende Marktinformation bis zur Belieferung und Abrechnung der Verbrauchsstellen.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann @bsu.hamburg.de.

01.Juli 2010/bsu01

Senatorin Hajduk fordert „klare strategische Ausrichtung“ für Erneuerbare Energien

Experten der Energiewirtschaft beraten in Hamburg über Zukunft der Stromnetze und Energiespeicherung

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk, fordert, sich nicht „mit rückwärtsgewandten Debatten über die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verzetteln, sondern lieber eine klare strategische Ausrichtung auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verfolgen“. Dies sagte die Senatorin im Rahmen eines Fachgesprächs zu Stromnetzen und Energiespeicherung, zu dem die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, die Handelskammer Hamburg sowie die Deutsche Energie-Agentur Experten der Energiewirtschaft aus dem Bundesgebiet nach Hamburg eingeladen hatte. Vor rund 100 Vertretern der Energiewirtschaft und –industrie hob Hajduk hervor: „Die vollständig auf Erneuerbaren Energien beruhende Stromerzeugung ist technisch und wirtschaftlich darstellbar.“ So sei der Anteil der Stromerzeugung aus alternativen Energien seit 1990 von drei auf derzeit 17 Prozent gestiegen. Das Leitszenario 2009 des Bundesumweltministeriums erwartet für das Jahr 2020 einen Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien von 34 Prozent. Nach Ansicht des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung sei für 2050 eine vollständige Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien machbar.

Um dieses Ziel zu erreichen seien effiziente Rahmenbedingungen und politische Förderung unerlässlich, so Hajduk. Die Bedeutung des Netzausbaus zum Anschluss der regenerativen Erzeugungsleistungen an die deutschen Verbrauchszentren sei jedoch bislang unterschätzt worden. „Die Dynamik der Entwicklung der Erneuerbaren Energien sollten wir nutzen“, so die Senatorin. Weiter rief die Senatorin dazu auf, die Energiepolitik nicht mehr nur national zu denken und schlug vor. „Eine Kombination deutscher oder besser: europäischer Windkraft in der Nordsee mit skandinavischer Wasserkraft und Pumpspeicherkraftwerken kann dazu beitragen, die nationalen Umstellungsprozesse auf eine Stromerzeugung aus regenerativer Energie wesentlich kostengünstiger zu halten.“

Für Rückfragen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Tel.: 040 / 428 40 -3063

2. Juli 2010/bsu02

Hybrid-Kühlturm für Moorburg beantragt Start des öffentlichen Genehmigungsverfahrens

Die Firma Vattenfall Europe Generation AG (VEG) hat jetzt bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) für das Kraftwerk Moorburg die vollständigen Antragsunterlagen für die Errichtung und den Betrieb eines Hybrid-Kühlturms eingereicht. Damit beginnt jetzt das entsprechende Genehmigungsverfahren.

Vattenfall beantragt die Kühlung des Kraftwerks Moorburg über einen geschlossenen Kühlkreislauf mit Kühlturm in den Fällen, wenn die Wasserstände der Elbe gemäß der Wasserrechtlichen Erlaubnis die Entnahme von Kühlwasser für eine Durchlaufkühlung nicht erlauben oder einschränken. Immer dann soll das Kraftwerk per Kühlturm gekühlt werden, um die Prozesswärme nicht in die Elbe zu leiten, sondern an die Umgebungsluft abzugeben. Diese wesentliche Änderung der Betriebsweise des Kraftwerks ist nach Bundes-Immissionsschutzgesetz und Wasserhaushaltsgesetz genehmigungsbedürftig. Die BSU hat daher nun das Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet.

Die Antragsunterlagen einschließlich der Umweltverträglichkeitsuntersuchung können
ab **Montag, den 12.07.2010 bis einschließlich 11.08.2010,**
montags bis donnerstags 8:00 bis 15:00, freitags 8:00 bis 14:00 Uhr,
eingesehen werden:

- In der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, Haus A, Zimmer A 117 und
- Im Bezirksamt Harburg,
Harburger Rathausplatz 4, 21073 Hamburg, Zimmer 1,

Darüber hinaus werden die Antragsunterlagen im Internet zur Einsicht unter der Adresse <http://www.hamburg.de/start-fachthemen/135760/kraftwerk-moorburg.html> zur Verfügung gestellt.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom 12.07.2010 bis zum 25.08.2010 schriftlich bei den oben genannten Dienststellen erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Die Erörterung der Einwendungen startet am Montag, den 20.09.2010 im Congress Center Hamburg (CCH).

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

25. Juni 2010/bsg25

Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses sprechen sich für die Primarschule aus

Gremium verfasst Stellungnahme zur Schulreform

In ihrer jüngsten Sitzung haben sich die Mitglieder des Hamburger Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) für die Einführung der sechsjährigen Primarschule ausgesprochen. Aus Sicht des LJHA sollte die Primarschule für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen dieser Stadt.

Die Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses zur Hamburger Schulreform im Wortlaut:

„Die am 3. März von der Hamburger Bürgerschaft beschlossene Änderung im Schulgesetz wird in vollem Umfang unterstützt. Die damit verbundene Hamburger Schulreform sorgt aus Sicht des LJHA für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen dieser Stadt. Das längere gemeinsame Lernen durch die Einführung der sechsjährigen Primarschule und die stärkere individuelle Förderung bauen soziale Unterschiede ab. Auch die Reduzierung der Klassenfrequenzen ab dem kommenden Schuljahr 2010/11 wird ausdrücklich begrüßt. Die Schulreform ist derzeit eines der wichtigsten bildungspolitischen Projekte in Hamburg. Mit dem längeren gemeinsamen Lernen, der Verstärkung individualisierender Unterrichtsmethoden und dem Abschaffen von Abschlüssen und Klassenwiederholungen werden wichtige Voraussetzungen sowohl für größere Bildungsgerechtigkeit und soziale Integration, als auch für das Ausschöpfen und die Förderung individueller Potenziale von Schülerinnen und Schülern geschaffen. Der LJHA unterstützt die Zielrichtung der Schulreform mit der Einführung der sechsjährigen Primarschule.“

Der Landesjugendhilfeausschuss wirkt innerhalb der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz bei landesjugendamtlichen Aufgaben mit. Er beschließt über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel und der Beschlüsse der Deputation. Der Ausschuss besteht aus 23 Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern von Jugendhilfeträgern, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Personen, die in der Arbeit mit

Kindern und Jugendlichen erfahren sind und einem Vertreter des Landeselternausschusses. Der Landesjugendhilfeausschuss tagt öffentlich, die nächste Sitzung findet am 28. Juni 2010 statt.

Nähere Informationen zur Zusammensetzung, den Beschlüssen und der Tagesordnung des LJHA: <http://www.hamburg.de/landesjugendhilfeausschuss/>

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

2. Juli 2010/bsb28

Deutsche Schachschule

Grundschule Genslerstraße als erste Hamburger Schule ausgezeichnet



Die Grundschule Genslerstraße hat als erste Hamburger Schule den Titel Deutsche Schachschule der Deutschen Schachjugend erhalten. Im Rahmen eines feierlichen Bühnenprogramms übergab der Geschäftsführer der Deutschen Schachjugend Jörg Schulz der Schule die Plakette. Über die Auszeichnung freuten sich Eltern, Lehrer, Schülerinnen und Schüler genauso wie die Schach-Partner der Schule.

Bildungssenatorin Christa Goetsch: „Ich bewundere das Engagement, den die Schule aufbrachte, als sie vor fast genau drei Jahren das Projekt Schach als Fach startete. Damit begab man sich auf Neuland. Dank engagierter Pädagogen, reformmutiger Eltern und begeisterter Schülerinnen und Schüler wurde es so erfolgreich, dass wir heute diese Auszeichnung feiern können. Ich hoffe, dass sich viele weitere Schulen ein Beispiel nehmen und die Grundschule Genslerstraße nicht mehr lange die einzige Deutsche Schachschule in der Schachstadt Hamburg bleibt.“

Jörg Schulz, Geschäftsführer der Deutschen Sportjugend: „Die Deutsche Schachjugend ist begeistert von der Schacharbeit an der sportbetonten Grundschule Genslerstraße und sieht diese als beispielhaft für alle Schulen in Deutschland an. Schach hilft den Schulen bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages, wenn es wie in der Genslerstraße als Schulfach angeboten wird. Schach ist zugleich aber auch ein tolles Freizeitangebot, das Kindern und Jugendlichen aller Altersgruppen einfach Spaß macht.“

Schulleiterin Monika Küsel-Pelz: „Unser Schachkonzept ist ein wichtiger und bedeutender Schritt auf dem Weg in das individualisierte Lernen. Der Erwerb von überfachlichen Kompetenzen wie Lösungsmöglichkeiten zu suchen, Entscheidungen zu treffen und in planerisches Handeln umzusetzen, steht im Mittelpunkt moderner Lernkulturen. Dies wiederum hat erhebliche positive Auswirkungen auf die Fächer wie Mathematik und Deutsch.“

Schach als Fach an der Grundschule Genslerstraße

Seit Oktober 2007 spielen Schülerinnen und Schüler der Grundschule Genslerstraße Schach im Unterricht und mittlerweile ist der Sport sogar reguläres Schulfach mit dem Titel Schach als Fach. Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen sitzen vor Schachfeldern und beratschlagen, welche Kombination und strategischen Schritte Turm, Läufer, Springer und Dame gehen müssen, um den König matt zu setzen. So lernen sie spielerisch, Probleme zu fokussieren, sich Herausforderungen zu stellen, Lösungen zu kommunizieren und mit Bedacht zu handeln. Mit dem Schachspiel wird das strategische Denken und die Konzentrationsfähigkeit der Kinder gefördert. Zugleich stärkt es die persönliche Entwicklung, das Selbstvertrauen und die sozialen Kompetenzen. Das Schachkonzept der Grundschule Genslerstraße ist ein wichtiger und bedeutender Schritt auf dem Weg in das individualisierte Lernen. Der Erwerb von überfachlichen Kompetenzen wie Lösungsmöglichkeiten zu suchen,

Entscheidungen zu treffen und in planerisches Handeln umzusetzen, steht im Mittelpunkt moderner Lernkulturen. All das hat positive Auswirkungen auf Fächer wie Mathematik und Deutsch. Alle Klassen sind mit dem Computer-Schachspiel „Fritz und fertig“ ausgestattet. Die ersten Klassen und die Schachräume verfügen über Schachbretter und -figuren, die von den Firmen Terzio, ChessBase, der Deutschen Schulschachstiftung, der Deutschen Schachjugend und aus Eigenmitteln finanziert wurden. Das Lehrerkollegium wird regelmäßig durch den Schulschachreferenten der Behörde für Schule und Berufsbildung, Björn Lengwenus, fortgebildet. Zudem arbeitet die Schule eng mit dem Hamburger Schachjugendbund und dem Schachklub „Schachelschweine“ zusammen.

Mehr Informationen zur Schule finden Sie unter www.schule-genslerstrasse.hamburg.de

Deutsche Schachschulen – Auszeichnung der Deutschen Schachjugend

Das seit 2006 an Schulen verliehene Qualitätssiegel der Deutschen Schachjugend zeichnet Schulen aus, die gute Arbeit für Kinder und Jugendliche im Schach leisten. Die Schulen müssen ein umfangreiches Schach-Angebot aufweisen können. Zu den acht Kriterien gehören u.a. Räumlichkeiten/Material, Turnierangebote, qualifiziertes Schachtraining, Schachangebote außerhalb der Schach-AG oder auch soziales Engagement der AG. Durch diese Merkmale können die Schulen ihr Angebot stetig überprüfen und verbessern. Neben der Genslerstraße wurden bis heute neun Schulen mit dem Qualitätssiegel ausgezeichnet.

Mehr Informationen unter www.deutsche-schachjugend.de

Rückfragen

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

Jörg Schulz

Geschäftsführer Deutsche Schachjugend

T: (030) 3000 78 13

F: (030) 3000 78 30

E: schulzjp@aol.com



„Eltern lernen von Eltern“/bsb29

Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch zeichnet engagierte Eltern mit Einwanderungsgeschichte aus

Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch hat heute mehr als 70 engagierte Eltern mit Einwanderungsgeschichte ausgezeichnet. Die Väter und Mütter organisieren in ihren Communities ehrenamtlich Elterntreffs und erklären auf Deutsch und in ihrer Muttersprache anderen Eltern das Schulsystem. Einige der Migranten stellen in der Broschüre „Eltern in die Schule – Engagierte Väter und Mütter mit Zuwanderungsgeschichte berichten“ ihre Familien vor und informieren darüber, wie Eltern an Schulen mitwirken können.

Bildungssenatorin Christa Goetsch bei der feierlichen Übergabe der Urkunden im Hamburger Rathaus: „Sie motivieren andere Mütter und Väter, sich einzumischen, nachzufragen und sich in das Schulleben einzubringen – in allen Hamburger Bezirken. Eltern lernen von Eltern. Dieser Ansatz hat sich sehr bewährt und deshalb freue ich mich, dass wir sie heute für ihr Engagement auszeichnen dürfen.“

Die Eltern wurden von der BQM Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten zu Moderatoren/-innen ausgebildet und haben seit 2007 rund 1500 Eltern bei etwa 300 Elterntreffs über das Schulsystem informiert. Die BQM ist Partner im Hamburger „Aktionsplan zur Bildungs- und Ausbildungsförderung junger Menschen mit Migrationshintergrund“. Mit dem Aktionsplan verbessern der Hamburger Senat, mehr als hundert Unternehmen und andere Akteure die Perspektiven von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Verantwortlich für die Koordination sind die Senatskanzlei und die Behörde für Schule und Berufsbildung.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bqm-hamburg.de

Pressekontakte:

Funda Erler
PR-Referentin

BQM Haus der Wirtschaft
Kapstadtring 10
22297 Hamburg
Tel.: 040 637855-39
erler@kwb.de

Melanie Nickel
Stellvertretende Pressesprecherin

Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg
Tel.: 040 42863-3497
melanie.nickel@bsb.hamburg.de

01. Juli 2010/bsb01

Natur erleben und verstehen für Groß und Klein

Bildungssenatorin Christa Goetsch zu Besuch auf der Umwelt-Messe des Zentrums für Schulbiologie und Umwelterziehung (ZSU)

Kinder sind von Natur aus neugierig. Das zeigt sich ganz besonders auf der Umwelt-Messe des Zentrums für Schulbiologie und Umwelterziehung. Auf der vielfältigen Veranstaltung mit 24 Ausstellern entdecken und erlernen die 6- bis 18-Jährigen viel Neues rund um Natur und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Über 1000 Hamburger Schülerinnen und Schüler erforschen an zwei Vormittagen spannende Phänomene aus Natur und Umwelt.

Bildungssenatorin Christa Goetsch machte einen Rundgang über das Gelände und war begeistert von der Atmosphäre: „Wer das ZSU kennt, der weiß: Vielfalt ist hier nicht nur ein Wort. Hier warten über 100 Wasser- und Landtierarten sowie eine Fülle von Pflanzen darauf, von Schülerinnen und Schülern erforscht, angefasst und sogar für die Schulen ausgeliehen zu werden. Die Kinder und Jugendlichen können hier im wahrsten Sinne begreifen, dass Tiere, Pflanzen und ihre Lebensräume eine wichtige Lebensgrundlage sind.“

Das ZSU öffnet in diesem Jahr zum 10. Mal seine Türen für alle Hamburger Schulen und die interessierte Öffentlichkeit. Unter dem Motto Vielfalt liegt der Schwerpunkt in diesem Jahr, dem Jahr der Biodiversität, im Klimaschutz und Klimawandel. Zahlreiche Experimentier- und Aktionsflächen sorgen für spannende Momente für Klein und Groß und laden auf Entdeckungstour ein: Von der Tierstation mit Nutz- und Heimtieren, über einen Schulgarten mit Versuchen zur Bodenkunde, dem Projekt Klimaschutz mit Klimakiste bis hin zur Energiewerkstatt mit Solarfahrrad. Ein Highlight ist das Multimar Wattforum aus dem Nationalpark Wattenmeer in Tönning. Es zeigt gemeinsam mit dem Wasserlabor den Artenwandel in Nord- und Ostsee vor dem Hintergrund des Klimawandels.

Das Zentrum für Schulbiologie und Umwelterziehung (ZSU)

Das ZSU ist angesiedelt am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung. Mit vielen praktischen Angeboten soll es Kinder und Jugendliche für Natur-, Umwelt und Nachhaltigkeitsthemen interessieren und ein Grundverständnis dafür vermitteln. Sie sollen

lernen, Veränderungen bewerten zu können. Mit diesem Anspruch ist das ZSU in unmittelbarer Nähe zum Botanischen Garten seit 1986 für Kinder und Jugendliche in Aktion. „Es geht unter anderem darum, Aspekte der artgerechten Tierhaltung, des Arten- und Naturschutzes zu vermitteln und zwar so praxisbezogen wie möglich – Anfassen inklusive“, sagt **Thomas Hagemann, Leiter des ZSU**. Für diese wichtige Aufgabe ist das ZSU gut ausgerüstet: Auf dem Gelände in Klein Flottbek gibt es einen Schulgarten, ein Wasserlabor, die Energiewerkstatt, ein Bienenhaus mit eigener Imkerei, zahlreiche Tierhaltungen bis hin zu einer großen Weidenfläche mit heimischen Tierrassen. Schulklassen können diverse Tierarten wie Meerschweinchen, Schnecken, Insekten und im Frühjahr sogar Froschlaich ausleihen. Das ist in Hamburg einmalig! „Wir sind die einzige Stelle in Hamburg, die mit Genehmigung des Veterinäramtes und der Umweltbehörde lebend Tiere an Schulen ausleihen darf“, erklärt Thomas Hagemann. Weitere Informationen zum ZSU finden Sie im Internet unter www.li-hamburg.de/zsu.

Die Messe ist am 01. und 02. Juli jeweils von 9 bis 14 Uhr geöffnet.

Rückfragen:

Melanie Nickel
stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung
T. (040) 42863 2545
F. (040) 4279 66 148
E. melanie.nickel@bsb.hamburg.de

Informationen zur Hamburger Schulreform:
www.schulreform.hamburg.de

28. Juni 2010/bsg28

Große Fortschritte im Kita-Ausbau

Bertelsmann-Länderstudie: Hamburg Spitze bei den Investitionen pro Kind und bei der Zahl der Krippenkinder

Mit rund 3.400 Euro pro Kind investiert Hamburg so viel in die frühkindliche Bildung wie kaum ein anderes Bundesland. Nur Berlin, das sagt der „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“, den die Bertelsmann-Stiftung heute veröffentlicht hat, steht bei den Investitionen in Krippe, Kita und Tagespflege noch vor der Hansestadt. Ebenfalls zur Bestengruppe gehört Hamburg bei der Betreuung der Unter-Drei-Jährigen: Die Hamburger Betreuungsquote lag hier 2009 insgesamt bei etwa 26 Prozent, bei den Zweijährigen sogar bei gut 45 Prozent – und damit jeweils deutlich über dem Bundesdurchschnitt (15 bzw. 40%).

„Die Zahlen der Bertelsmann-Studie sind erfreulich“, sagt **Familiensenator Dietrich Wersich**. „Sie belegen den dynamischen Ausbau der Kindertagesbetreuung in Hamburg. Wie sehr dieser Ausbau politisch gewollt ist, zeigen die hohen Investitionskosten. Kein anderes westdeutsches Bundesland investiert so viel in die Zukunft seiner Kinder und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie Hamburg. Und die Eltern in Hamburg schätzen unser bundesweit vorbildliches Angebot, das bis zu zwölf Stunden Kinderbetreuung täglich garantiert. Stetig steigende Betreuungsquoten sind der Beweis dafür.“

Einige Auszüge aus den Ergebnissen

- Hamburg liegt mit seinen Investitionen von 3.400 Euro pro Kind unter 6 Jahren (Stand 2007) hinter Berlin (4.150 Euro) auf Platz zwei und damit 1.000 Euro über dem Schnitt aller Bundesländer (2.400 Euro).
- Mit einer Betreuungsquote der Unter-Drei-Jährigen von rund 26 Prozent liegt Hamburg weit über dem Bundesdurchschnitt von rund 15 Prozent. Im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich außerdem der deutliche Anstieg der Quote. Diese lag 2008 noch bei etwa 23 Prozent. Für 2010 wird ein weiterer Anstieg auf etwa 30 Prozent erwartet.
- Die Ganztagsquote in Hamburg ist deutlich höher als im bundesweiten Durchschnitt und weiter ansteigend. Von 2008 auf 2009 ist die Zahl der ganztags betreuten Kinder in der

Krippe von 57,6 auf 58,4 Prozent und im Elementar-Bereich von 37,3 auf 39,1 Prozent gestiegen.

- Hamburg liegt im Krippenbereich mit seinem Personalschlüssel (von 1:5,6) besser als der Bundesdurchschnitt (1:5,8) und insgesamt im Mittelfeld. Im Elementar-Bereich liegt Hamburg mit einem Betreuungsschlüssel (von 1:9,0) ebenfalls über dem Bundeschnitt (1:9,6) und vor Ländern wie Bayern (1:9,2) und Hessen (1:9,5)
- Ansteigend ist die Quote der Kinder mit Migrationshintergrund, die in der Krippe oder in der Kita betreut werden. Im Krippenbereich ist die Quote laut Bertelsmann-Studie von 2008 auf 2009 um etwa einen Prozentpunkt auf knapp 15% angestiegen und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt (11% Bundesdurchschnitt, 9% westdeutscher Schnitt). Im Elementarbereich ist die Quote sogar um sieben Prozentpunkte auf 79 Prozent gestiegen, wobei diese Quote deutlich höher als bei 79% liegen müsste, da in dieser Bertelsmann-Berechnung die Kinder unter sechs Jahren in Vorschulklassen nicht berücksichtigt werden. Das verzerrt die Gesamtbetreuungsquote aller Kinder um rund 7,4 Prozentpunkte (81,8 Prozent hier zu 89,2 in der Bertelsmann-Statistik, die nicht nach Migrationshintergrund differenziert).

„Dass immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund in eine Kita gehen, ist erfreulich und wichtig zugleich. Der Besuch einer Kita ist Basis für eine frühe Bildungsbeteiligung, er trägt zur Verbesserung der Sprachkenntnisse bei und erhöht die Chancen auf Erfolg in der Schule“, so **Familiensenator Wersich**. „Insgesamt unterstreicht die Bertelsmann-Studie die großen Anstrengungen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Hamburg.“

Die Ergebnisse des Ländermonitors sind unter www.laendermonitor.de abrufbar.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

29. Juni 2010/bsg29

Hamburg im Verbraucherschutz weiter in bundesweiter Spitzengruppe

Ranking des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen sieht Hamburg auf Platz 3

Hamburg gehört weiterhin bundesweit zu den Besten im Verbraucherschutz. Dies ergibt eine Studie im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. (vzbv), die heute in Berlin vorgestellt wurde. Die Hansestadt erreicht mit 65,2% (Note 3) den dritten Platz, dicht hinter Rheinland-Pfalz mit 67,7% und Nordrhein-Westfalen mit 67,0% (beide ebenfalls Note 3). Nicht im Gesamtergebnis berücksichtigt wurde in diesem Jahr die Leistung der Verbraucherzentralen.

Zum vierten Mal in Folge legte die vzbv heute den Verbraucherschutzindex der Bundesländer vor, der von der BRIDGES Politik- und Organisationsberatung GmbH erstellt wurde. Der Verbraucherschutzindex soll eine vergleichende Bewertung der Verbraucherpolitik der Bundesländer ermöglichen. Er beschreibt den Stand der Verbraucherarbeit aller sechzehn Bundesländer. Der aktuelle Bericht bezieht sich auf den Erhebungszeitraum 2008 und 2009.

„Wieder ein Spitzenplatz für den Verbraucherschutz in Hamburg! Das ist sehr erfreulich“, so **Verbraucherschutzsenator Dietrich Wersich**. „Zwar mussten wir den ersten Platz in diesem Jahr aufgrund einer veränderten Bewertung einem anderen Bundesland überlassen, aber der hervorragende 3. Platz insgesamt und vor allem die Verbesserung in der Exekutive auf den 3. Platz belegt, dass der Verbraucherschutz weiter einen hohen Stellenwert in der Stadt genießt. Wir haben es geschafft, unsere Stärken auf einem hohen Niveau zu bewahren und die Schwachpunkte weiter zu verringern.“

Wie im Rahmen der letzten Erhebung angekündigt, hat die Behörde die Aktivitäten im wirtschaftlichen Verbraucherschutz (Internethandel, Telefonwerbung, Energiemärkte, Finanzdienstleistungen) verstärkt und eine eigene Fachabteilung mit diesen Themen betraut. Zum guten Gesamtergebnis trägt in diesem Jahr allerdings nicht die Verbraucherzentrale

Hamburg bei. Aufgrund eines veränderten Bewertungsmaßstabes werden die Verbraucherzentralen nicht mehr eingerechnet, sondern gesondert ausgewiesen.

„Der Erfolg wird nicht dazu führen, dass wir uns zurück lehnen. Wir wollen weiterhin den mündigen und informierten Verbraucher, der seine Konsumententscheidungen auch an ökologischen, sozialen und anderen nachhaltigen Kriterien ausrichtet“, so **Verbraucherschutzsenator Wersich**. „Dafür benötigt er Informationen, die wir gewährleisten möchten. Und wir wollen den Unternehmen weiterhin deutlich machen, dass nachhaltiger Verbraucherschutz mittel- und langfristig die beste Garantie für ein erfolgreiches Wirtschaften ist. Insbesondere in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Daran werden wir weiter arbeiten.“

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

30. Juni 2010/bsg30

Inklusion statt Ausgrenzung

Sozialbehörde und Hamburger Partner einigen sich auf Ausbau des ambulant betreuten Wohnens für Menschen mit geistigen Behinderungen

Gemeinsam mit Sozialsenator Dietrich Wersich haben heute Vertreter der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG), der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) und des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Leistungen (bpa) ein Konsenspapier unterschrieben, dass in den kommenden Jahren noch mehr Menschen mit geistigen und mehrfachen Behinderungen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen soll. Damit bekräftigen die Behörde und die Hamburger Partner zum einen die Ziele, die sie in ihrem ersten Konsenspapier zur Ambulantisierung im Jahr 2005 formuliert hatten. Seitdem konnten mehr als 500 Menschen, die bisher stationär betreut wurden, in eine eigene Wohnung ziehen. Zum anderen sollen mit Hilfe der neuen Vereinbarung weitere Verbesserungen auf den Weg gebracht werden.

„In einer eigenen Wohnung zu leben, das Leben zusammen mit einem Partner, allein oder in einer Wohngemeinschaft möglichst selbstständig zu gestalten, das ist für viele Menschen mit geistigen und mehrfachen Behinderungen ein lang gehegter Wunsch“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. Deshalb unterstützt und fördert Hamburg seit rund fünf Jahren systematisch den Ausbau der ambulanten Betreuung im eigenen Wohnraum. In den Vereinbarungen mit den Trägern der Behindertenhilfe war 2005 als Zielgröße festgelegt worden, 770 Menschen, die bislang in Behinderteneinrichtungen lebten, in eigenen Wohnungen mit ambulanten Leistungen zu versorgen. Dies konnte inzwischen für mehr als 500 Menschen erreicht werden.

„Diesen erfolgreichen Weg wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern fortsetzen“, so **Senator Wersich**. „Es ist unser Ziel, Menschen mit Behinderungen nicht auszugrenzen sondern mit ihnen zusammen in der Mitte der Gesellschaft als Nachbarn und Bürger zusammen zu leben. Das wollen wir für noch mehr Menschen als bisher ermöglichen.“

Das Konsenspapier war zuvor gemeinsam erarbeitet worden. Neben Sozialsenator Dietrich Wersich ist es von Vertretern der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG), der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) und des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Leistungen (bpa) unterzeichnet worden. Es regelt unter anderem die Mitspracherechte von Menschen mit Behinderungen bei der Weiterentwicklung des Ambulantisierungsprogramms und die Wahlfreiheit der Betroffenen in der Frage, ob und wie sie ambulant betreut werden möchten. Außerdem enthält das Papier allgemeine Erklärungen zu einer angestrebten Weiterentwicklung des Hilfesystems im Sinne

der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen sowie der Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK).

„Menschen mit Behinderung und deren Angehörige sind in Hamburg schon lange keine Bittsteller mehr“, sagt **Martin Eckert von der LAG**. „Wir wirken mit beim Aufbau von Hilfen, Assistenz und Betreuung, die tatsächliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung herstellen. Das Konsenspapier, das wesentlich auf unsere Initiative zurückgeht, drückt aus, dass wir mit der Behörde und den Anbietern auf Augenhöhe umgehen und auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.“

Joachim Speicher von der AGFW: „Wenn wir noch mehr Menschen mit Behinderung ermöglichen, ihr Leben möglichst selbstständig und im eigenen Wohnraum zu gestalten, dann ist das gelebte Inklusion. Ein Ziel, das die Hamburger Wohlfahrtsverbände seit langem verfolgen. Deshalb begrüßen wir das Konsenspapier. Es zeigt, dass alle am Ambulantisierungsprozess Beteiligten weiter an einem Strang ziehen wollen – zum Wohle der Menschen mit Behinderung in Hamburg.“

„Insbesondere vor dem Hintergrund der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung bekommt die ambulante Betreuung eine noch größere Bedeutung“, so **Karin Kaiser, stellvertretende Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Hamburg**. „Wir unterstützen gern das Ziel, noch mehr Menschen diese Form der Betreuung zu ermöglichen.“

Das neue Konsenspapier wird ebenso wie das Papier aus dem Jahr 2005 im Internet unter www.hamburg.de/bsg abrufbar sein. Dort stehen auch zur Veröffentlichung freigegebene Fotos von der Unterzeichnung zum Download bereit.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

30. Juni 2010/bksm30

Stiftung Kindergärten Finkenau wird „Patenkind“

Senatorin von Welck überreicht Patenschaftsurkunde

Im Rahmen des Patenschaftsprogramms des Senats für neu gegründete Hamburger Stiftungen hat Senatorin Karin von Welck ein Jahr lang die Patenschaft für die Stiftung Kindergärten Finkenau übernommen. Heute wurde die Patenschaftsurkunde in der Behörde für Kultur, Sport und Medien an die Vorstandsmitglieder Konrad und Uta Mette und Inge Schüler übergeben.

Stiftungszweck der Stiftung Kindergärten Finkenau ist die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen. In derzeit 23 Einrichtungen (Kitas, Krippen und Horte), die über das ganze Stadtgebiet verteilt sind, betreut die Stiftung, die Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband ist, mit rund 200 Mitarbeitern 1.000 Kinder. Die Stiftung ist besonders in der kulturellen Bildung aktiv. So hat die Stiftung den Musikkindergarten in den Schanzenhöfen gegründet, der aktuell im Aufbau ist. Er geht zurück auf ein Konzept von Maria Willer, Redakteurin und Moderatorin bei Klassik Radio, und steht unter der Schirmherrschaft von Simone Young. In Kooperation mit den Philharmonikern Hamburg und der Staatsoper Hamburg ist es Ziel des Musikkindergartens Bildung durch Musik möglich zu machen.

Das Patenschaftsprogramm für Stiftungen der Freien und Hansestadt Hamburg ist vom Senat im Jahr 2004 ins Leben gerufen worden, um die hervorragende Bedeutung von Stiftungen für das Hamburger Gemeinwesen zu unterstreichen und auch weiteres Engagement zu fördern. Jede Senatorin und jeder Senator begleitet eine der ersten im Vorjahr neu gegründeten Stiftungen für ein Jahr als Pate und unterstützt sie bei ihrer Arbeit.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293
Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

28. Juni 2010/ds28

Gesetzesvorschlag für verbesserten Datenschutz bei Straßenpanoramen

Länderinitiative stärkt Privatsphäre im Internet

Auf der Sondersitzung der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich in Hamburg am 25. Juni 2010 wurden die Überlegungen der Länder im Bundesrat zur gesetzlichen Regelung der systematischen Abbildung von Gebäuden und Straßenzügen im Internet begrüßt.

Mit der geplanten Regelung für georeferenzierte Datenerhebungen und Speicherungen von Straßenpanoramen wird das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger wesentlich gestärkt und den für den Datenschutz zuständigen Aufsichtsbehörden eine einheitliche, bundesweit anwendbare und rechtsklare Handlungsgrundlage zur Verfügung gestellt.

Diese Initiative verdeutlicht erneut die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Modernisierung des Datenschutzes.

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 – 4040

Ausgleichs- und Naturschutzkonzept für das Gartenschaugelände

igs 2013 entwickelt zusammenhängende Lebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten

Hamburg, 28. Juni 2010 – Die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) stellte heute, am 28. Juni 2010, den aktuellen Sachstand zum Ausgleichs- und Naturschutzkonzept der Öffentlichkeit vor. Das mit der Verwaltung fachlich abgestimmte Ausgleichskonzept wird im Wilhelmsburger Osten umgesetzt und ermöglicht eine Aufwertung einer wertvollen Kulturlandschaft. Große zusammenhängende Lebensräume können somit für gefährdete Tier- und Pflanzenarten entwickelt werden. Außerdem wird für jeden gefälltten Baum die gesetzlich vorgeschriebene und in der Fällgenehmigung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte festgeschriebene Ersatzpflanzung vorgenommen. Über diese gesetzlichen Verpflichtungen hinaus wird die igs 2013 zusätzliche Aufwertungsmaßnahmen auf dem Gartenschaugelände vornehmen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei in der Aufwertung der Gewässerlebensräume. Die Naturschutzverbände haben die Konzeptentwicklung mit kritisch-konstruktivem Blick begleitet und durch fachliche Impulse befördert. Dem Ausschuss für Verkehr und Umwelt der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte wurde das Konzept Ende Mai vorgestellt.

„Die igs 2013 schont die wertvollsten Naturbereiche auf dem Gartenschaugelände, plant möglichst um sensible Flächen herum und kann dennoch auf Eingriffe in Natur und Landschaft nicht verzichten, um einen modernen, attraktiven Park für Menschen aller Generationen und Kulturen zu gestalten. Es werden naturnahe Räume im Park entwickelt und für Eingriffe werden wir selbstverständlich einen entsprechenden Ausgleich schaffen – mehr als vorgeschrieben und mit dem Ziel, Lebensräume für gefährdete Tiere und Pflanzen zu schaffen und zu sichern“, betonte igs 2013 Geschäftsführer Heiner Baumgarten.

Ausgangslage

Während die wertvollsten und empfindlichsten Bereiche auf dem Gartenschaugelände von Überplanungen ausgenommen wurden, werden andere Flächen für die Parkgestaltung, insbesondere für die Spiel-, Sport- und Freizeitnutzungen eines modernen Parks, umgestaltet. Dabei sind Eingriffe in Natur und Landschaft unvermeidbar. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und das Bezirksamt Hamburg-Mitte sind für die Genehmigung der Eingriffe zuständig und legen entsprechend den anzuwendenden Gesetzen die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen fest. Ziel der igs 2013 ist es, die unterschiedlichen Ausgleichsverpflichtungen nicht isoliert voneinander, sondern fachlich aufeinander abgestimmt im naturräumlichen Zusammenhang umzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die igs 2013 auch über den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleich hinaus Aufwertungsmaßnahmen vornehmen. Grundlage für das Ausgleichs- und Naturschutzkonzept der igs 2013 sind faunistische Gutachten, eine flächendeckende Biotopkartierung und Untersuchungen zur Gewässerentwicklung.

Naturschutzfachlicher Ausgleich für Umweltauswirkungen aus den Bebauungsplänen

Für drei Teilbereiche des Gartenschaugeländes werden Bebauungspläne (B-Pläne) aufgestellt. Die Bauleitplanung steuert die bauliche und sonstige Nutzung innerhalb der jeweiligen Bereiche. In den B-Plänen für die Flächen des Gartenschaugeländes geht es unter anderem um die Sicherung und Entwicklung von Dauerkleingärten und Parkanlagen und um die Entwicklung von Wohngebieten sowie öffentliche und private Grünflächen für sportliche und kulturelle Nutzungen. Umweltauswirkungen, die sich aus den Bebauungsplänen für Teile des Gartenschaugeländes ergeben, sind im Wesentlichen die künftig intensiven Nutzungen sowie der Verlust von gehölzbestandenen Flächen. Der naturschutzfachliche Ausgleich wird gebündelt und fachlich aufeinander abgestimmt im Wilhelmsburger Osten umgesetzt. Hierdurch kann eine der wichtigsten Kulturlandschaften Hamburgs zu einem großen zusammenhängenden Lebensraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten entwickelt werden. Insgesamt werden 22 Hektar Grünland als Feuchtgrünland entwickelt werden und durch die Anlage einer mosaikartigen Struktur aus Gräben und Flachwasserbereichen für den Wiesenvogel- und Amphibienschutz aufgewertet. Durch die große Fläche werden für den Naturschutz wichtige wasserbauliche Maßnahmen möglich. Dazu gehören beispielsweise der Einbau von Stau- und Steuerungseinrichtungen, um einen hohen Wasserstand sicherzustellen.

Ersatzpflanzungen für Baumfällungen, die für die Parkgestaltung, die Grabenunterhaltung und die Kampfmittelräumung erforderlich sind

Insgesamt stehen auf dem rund 100 Hektar großen Gartenschaugelände hochgerechnet rund 20.000 Bäume. Für den Landschaftsbau, den Gewässerausbau aber beispielsweise auch für den Bau der neuen Schwimmhalle oder die Kampfmittelräumungen sind Baumfällungen erforderlich. Diese sind vom zuständigen Bezirksamt Hamburg-Mitte zu genehmigen und nach der Hamburger Baumschutzverordnung durch Nachpflanzungen zu ersetzen. Die erforderlichen Ersatzpflanzungen werden im Genehmigungsbescheid des Bezirksamtes festgelegt.

Vom Bezirksamt wurden bisher rund 1.500 ersatzpflichtige Bäume ermittelt. Die igs 2013 wird auf dem Gartenschaugelände und im Wilhelmsburger Osten etwa 1.900 Bäume neu pflanzen.

Maßnahmen im Bereich gesetzlich geschützter Biotope

Auf dem Gartenschaugelände befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope, insbesondere in Form von Gewässerbiotopen. Dazu gehören beispielsweise der Rathausteich, das Kükenbrack, der Mahlbusen und der Kuckucksteich. Die wertvollsten und störungsempfindlichsten Bereiche werden durch die Planungen der igs 2013 nicht beeinträchtigt. An anderen Stellen wird es zu kleinflächigen und zeitlich befristeten Beeinträchtigungen kommen. Zugleich werden die bestehenden Gewässer im Hinblick auf die Artenvielfalt und Gewässerqualität aufgewertet. Dies kann beispielsweise durch Entschlammung der Gewässer, durch Abflachungen der Uferbereiche, die Entwicklung von großflächigen Röhrichtbeständen oder die Anlage von neuen Kleingewässern erfolgen. Das Ziel, die Gewässer für die Gartenschaubesucher und die Erholungssuchenden nach der Gartenschau erlebbar zu machen, soll mit einer Schonung der wertvollen Gewässer und Uferländer einhergehen. Dies geschieht unter anderem durch eine behutsame Wegeführung.

„Natur erhalten – Natur erleben“

Unter dem Motto „Natur erhalten – Natur erleben“ hat die igs 2013 über die verpflichtenden Maßnahmen hinaus, ihre Planungen an den Naturschutz angepasst. Dies bezieht sich insbesondere auf die wertvollen Gewässerbiotope. So wird das von Schwarz-Erlen und Weiden umstandene Galgenbrack weitgehend ungestört von der Erholungsnutzung bleiben.

Ein weiteres wichtiges Biotop ist das Naturdenkmal „Uhlenbuschbrack“. Im Westen des Gartenschaugeländes gelegen, beherbergt es den Eisvogel und das Revier des Grauschnäppers. Außerdem hat es eine hohe Bedeutung für Amphibien und Libellen. Diese empfindlichen Lebensräume sollen unzugänglich bleiben und können wie bisher auf den vorhandenen Wegen erlebt werden.

Entlang der Kornweidenwettern werden die Flächen naturnah zu einem wechselfeuchten Standort entwickelt. Dafür wurde der Boden so modelliert, dass Mulden im Boden entstehen, in denen sich Wasser sammeln kann. Die kleinen Tümpel sind durch Verbindungsgräben miteinander vernetzt und bieten neue, wichtige Lebensräume für Amphibien und Insekten. An deren Böschungen werden standortgerechte Stauden und Gräser wachsen, die mit den wechselnden Wasserständen zurechtkommen.

Mit der Erneuerung und Anlage von Stegen am Kükenbrack, Mahlbusen und Kuckucksteich sollen Besucher die Möglichkeit haben, die Pflanzen und Tiere diese naturnahen Bereiche zu beobachten.

Mit den großflächigen Ersatzpflanzungen im Wilhelmsburger Osten beginnt die igs 2013 noch in diesem Herbst. Eine im Frühjahr geplante Pflanzaktion wurde verschoben, da der Kiebitz auf der Fläche brütete. Mit der Aufwertung des Feuchtgrünlands wird ebenfalls im Herbst begonnen. Diese Maßnahmen werden vom Naturschutzamt der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt.

Rückfragen bitte an:

Ina Heidemann, Petra Bäurle

Tel. +49(0)40-226 31 98 -40/-42

presse@igs-hamburg.de

29.06.2010/igs29

Jetzt bewerben! Gartenschau und Metropolregion Hamburg rufen Anbieter regionaler Attraktionen zur Kooperation mit der igs 2013 auf

In drei Jahren ist es soweit! Dann öffnet die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) ihre Tore auf der Elbinsel Hamburg-Wilhelmsburg. Jetzt werden Partner gesucht: Anbieter touristischer oder landschaftlicher Attraktionen, die sich an der Gartenschau beteiligen wollen. Während der Ausstellung vom Frühjahr bis Herbst 2013 erwartet die igs 2013 rund 2,5 Millionen Besucher.

Die Metropolregion Hamburg ist von fünf großen Kulturlandschaften geprägt: das Alte Land, die Vier- und Marschlande und die Lüneburger Heide, die Knicklandschaften in Schleswig-Holstein und das Pinneberger Baumschulland. Als Naherholungsgebiet und starke Wirtschaftsregion steuern sie viel zur Attraktivität, Lebensqualität und Entwicklung der Region bei. Allein 40 Prozent der Wirtschaftskraft der Metropolregion wird nicht in der Hansestadt, sondern in den insgesamt 14 Landkreisen erbracht

Gemeinsam stark sein

Jetzt rufen die igs 2013 und die Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg Einrichtungen der Region auf, als Kooperationspartner an der internationalen gartenschau hamburg mitzuwirken. Gesucht werden Angebote, die die Region für den Besucher der Gartenschau erlebbar machen: landschaftlich schöne Spazier- und Fahrradwege, Tier- und Pflanzenparks, Freilichtmuseen, Spielflächen und Parkanlagen. Ziel ist es, die Gärten und Parks als Teil der regionalen Identität erfahrbar zu machen und sie zu stärken. Zugleich soll der Gartenschaugedanke, die Natur in unmittelbarer Nachbarschaft zu genießen und zu schützen, über die Grenzen Hamburgs hinausgetragen werden. Über gemeinsame Marketingmaßnahmen sollen sich die Partner gegenseitig bewerben. Davon profitieren alle: Die Besucher, die über Hamburg und das Parkgelände hinaus weitere grüne Ausflugsziele entdecken können; die regionalen Attraktionen, die von den Hamburg-Besuchern aufgesucht werden, die Gartenschau, deren Engagement sich bis in die Metropolregion hinein erstreckt

und die Metropolregion Hamburg als Ganzes, die ihre einzigartige grüne Identität den Menschen erlebbar macht.

Die Bewerbungsfrist läuft!

Die Bewerbungsunterlagen stehen ab sofort unter www.igs-hamburg.de/partnerprojekte zum Download bereit, die Bewerbungsfrist endet am **31. Oktober 2010**. Es können sich Kommunen, Institutionen, Wirtschafts- und Dienstleistungsbetriebe bewerben, die touristische oder freiraumplanerische Ausflugsziele bieten und in einem der 14 Landkreise beheimatet sind, die zur Metropolregion Hamburg gehören (s. www.metropolregion-hamburg.de). Die Werbe- und Marketingaktionen werden gemeinsam getragen. Im Vordergrund stehen die Vernetzung der Partner untereinander und das gegenseitige Engagement.

28.06.2010/bez28a

Grillen in Eimsbüttler Parkanlagen

In den Sommermonaten werden die Eimsbütteler Parkanlagen vielfältig und intensiv genutzt. An warmen Tagen wird häufig auch gegrillt, was im Bezirk Eimsbüttel in allen Parkanlagen grundsätzlich erlaubt ist.

Werden dabei Einweggrills verwendet, führt dies leider fast immer zu punktueller Zerstörung der Grasnarbe. Außerdem kommt es vor, dass sich Anwohner oder andere Parkanlagennutzer durch Rauch und Grillgeruch gestört fühlen.

Im Nebeneinander der unterschiedlichen Nutzungen in den Eimsbüttler Parkanlagen bittet das Bezirksamt Eimsbüttel alle Grillfreunde darum, folgendes zu beachten:

Die Grills sind richtig aufgestellt, wenn die Grasnarbe nicht durch die Hitze beschädigt wird. Dies ist normalerweise ab einem Abstand von etwa 50 cm vom Boden sichergestellt.

Bei der Wahl des Standplatzes für den Grill sollte darauf geachtet werden, dass ein ausreichender Abstand zu Bäumen und Bepflanzungen eingehalten wird und Rauch und Grillgeruch nicht zur Beeinträchtigung von Anwohnern und anderen Parkanlagennutzern führen.

Zu guter Letzt sind Reste und Müll wieder mit nach Hause zu nehmen oder in den Abfallbehältern in den Anlagen zu entsorgen.

Rückfragen:
Hartmut Schulz, Fachamt MR
Abteilung Stadtgrün
42801-2637

1. Juli 2010/bwa01

Warnung vor Waldbrandgefahr

Durch die anhaltende Trockenheit und die hohen Temperaturen der letzten Zeit besteht derzeit eine sehr hohe Waldbrandgefahr. Besonders betroffen sind auch Heideflächen. Um Brände zu vermeiden, bittet die Behörde für Wirtschaft und Arbeit, auf keinen Fall im Wald und am Waldrand zu rauchen, Feuer anzuzünden, zu grillen oder glimmende Zigarettenstummel wegzuwerfen.

Besitzer von PKW mit Katalysator sollten nicht über ausgetrocknetem Gras parken, da der heiße Katalysator das Gras unter dem Fahrzeug entzünden könnte.

Leider ist für Norddeutschland in den nächsten Tagen nicht mit einer Entspannung der Gefahrenlage zu rechnen, sie wird sich hingegen zum Wochenende noch verschärfen.

Bei Gras- oder Waldbrand bitte unverzüglich die **örtliche** Feuerwehr unter der **Telefonnummer 112** verständigen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

Pressestelle des Senats

Terminkalender

Vom 5. Juli bis 11. Juli 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 05.07.2010

- ganztätig** Brüssel, Belgischer Senat
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt am **Treffen der COSAC-Vorsitzenden** teil.
- 17:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Ole von Beust nimmt teil an einer **Diskussion zur Schulreform mit Bürgermeister a.D. Hans-Ulrich Klose und Bürgermeister a.D. Klaus von Dohnanyi**.
- 17:30** Audimax I der TUHH, Schwarzenbergstraße 95H
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Abschlussveranstaltung „Kinderforscher“**.
- 19:00** Max- Brauer-Allee 76
Senatorin Anja Hajuk begrüßt die Teilnehmer der Veranstaltung **„Stadt im Dialog“**, eine neue Veranstaltungsreihe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, die aktuelle Stadtentwicklungsthemen zur Diskussion stellt.
- 19:00** Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Str. 97, 20359 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an der **Gala „Unternehmer des Jahres 2010“**.
- 20:00** Schmidts Tivoli, Spielbudenplatz 27-28
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort zur Verleihung des „7. Hamburg Animation Award 2010“**.

Dienstag, den 06.07.2010

- 12:30** Pflanzen und Blumen, Rosengarten
Bürgermeister Ole von Beust besucht den **Rosengarten in „Pflanzen und Blumen“**.
- 16:30** Wohnheim Max-Brauer-Allee
Senator Dr. Till Steffen folgt der **Einladung der Gemeinnützigen Wohnheimgesellschaft des Hamburger Fürsorgevereines zum diesjährigen Sommerfest**.
- 18:00** Gästehaus der Universität, Rothenbaumchaussee
Senator Dr. Till Steffen hält einen **Vortrag: „Auf dem Weg zu einer nutzerorientierten Ausrichtung des Urheberrechts –Erste Regelungsvorschläge“** beim Hamburger Gespräch zum Medien- und Telekommunikationsrecht **„Perspektivwechsel im Urheberrecht“** des Hans-Bredow-Instituts für Medienforschung an der Universität Hamburg.

Mittwoch, den 07.07.2010

- 09:00** Hotel Pullmann, Budapester Str. 25, 10787 Berlin
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an der **31. Sitzung des Senats der Leibniz-Gemeinschaft.**
- 09:00** Rathaus, Großer Festsaal
Staatsrat Peter Wenzel eröffnet die **Konferenz „Internationales Expertentreffen für Exportkontrolle“** mit einem Grußwort.
- 10:30** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt die **Generalkonsulin der Volksrepublik China, CHEN Hongmei, zum Gespräch.**
- 11:00** Vicelinkirche am Saseler Markt
Senator Dietrich Wersich überbringt die **Glückwünsche des Senats an Gerd Broede, der aus Anlass seines 100. Geburtstages die Orgel der Vicelinkirche am Saseler Markt** spielen wird.
- 11:00** Neugraben-Fischbek, Am Johannesland/Ecke Ackerweg
Senatorin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort anlässlich des ersten Spatenstiches des Bildungs- und Gemeinschaftszentrum Neugraben.**
- 12:30** Rathaus, Phönixsaal, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Ole von Beust empfängt den **Präsidenten der Dominikanischen Republik, mit anschließendem Eintrag in das Goldene Buch der Stadt und Senatsfrühstück.**
- Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.
- 15:00** Seniorentreff der AWO, Park der Wallanlagen, Holstenwall
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil am **Begegnungskaffee ehemaliger NS-Verfolgter im Seniorentreff der AWO.**
- 15:30** CCH Hamburg
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort auf der Freisprechungsfeier anlässlich der Verabschiedung der Absolventen der gastgewerblichen Ausbildungsberufe des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA.**
- 16:00** Rathaus, Bürgersaal
Senator Axel Gedaschko spricht im **Rahmen seiner Schirmherrschaft für den Schulwettbewerb „Erneuerbare Energien“ der FHH und EonHanse ein Grußwort und übernimmt die Preisverleihung.**
- 19:00** Anglo-German Club, Harvestehuder Weg138, Hamburg
Staatsrätin Carola v. Paczensky und Senator Dr. Till Steffen nehmen teil am diesjährigen **Parlamentarischen Abend der Hamburgischen Notarkammer.**
- 22:00** Thalia Theater, Raboisen 67
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort zur**

Verabschiedung der Chefdisponentin Margret Mieruch und überreicht die Ehrenmitgliedsurkunde des Thalia Theaters.

Donnerstag, den 08.07.2010

- 11:00** Lichthof der Staatsbibliothek der Universität Hamburg, von-Melle-Park
Senatorin Dr. Herlind Gundelach verleiht den **Lehrpreis 2010** und spricht ein Grußwort.
- 11:00** Botschaft der Vereinigten Republik Tansania, Eschenallee 11
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Vereinigten Republik Tansania, Ahmada Rweyemamu Ngemera**, zum Gespräch.
- 17:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort auf dem Senatsempfang anlässlich der FIBA U 17-Weltmeisterschaft der Herren im Basketball**.
- 18:30** International Club Berlin, Thüringer Allee 5-11
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann **nimmt auf Einladung des Botschafters des Fürstentums Monaco, Claude Giordan, teil am Empfang anlässlich des Jahrestages der Thronbesteigung S.D. des Fürsten von Monaco**.
- 19:30** Museumsfrachter MS Bleichen, Hansahafen
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Premiere des See-Musicals der 50er mit Blinden und Sehenden „Blinde Passagiere“**.

Freitag, den 09.07.2010

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nehmen teil an der **873. Plenarsitzung des Bundesrates**.

Sonntag, den 11.07.2010

- 11:00** Musik- und Kongresshalle Lübeck
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Eröffnungskonzert des Schleswig-Holstein Musikfestivals**.
- 16:00** Sporthalle Hamburg
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Endspiel der FIBA U 17-Weltmeisterschaft im Basketball der Herren und nimmt die Siegerehrung vor**.
- 19:30** Hamburgische Staatsoper
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Operngala „Verdi und Verismo“**.